

Enda McDonagh

Befreiender Widerstand und die Werte des Gottesreiches

Die moderne politische Losung «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» findet eine Entsprechung im Gottesreich, wie dieses unter den Voraussetzungen des mosaischen Gottesbundes verheißen und angebahnt und durch den «Neuen Bund in meinem Blut» (Lk 22,30) von Jesus angekündigt und eingeleitet wurde. Hier sind Freiheit, Gerechtigkeit und Friede zugleich Gabe als auch Ergebnis dieser rettenden und heilenden Gegenwart und Macht Gottes, die das Gottesreich genannt und in Israel und in Jesus verwirklicht wurde. Noch heute sind diese Werte für die Christen sowohl im konkreten Kontext ihres Lebens in der Ersten, Zweiten oder Dritten Welt als im Rahmen der komplexen, weltweiten Auseinandersetzungen, die aus den Beziehungen zwischen diesen Welten hervorgehen, Zusage und Herausforderung.

Die heutigen Herausforderungen finden eine unmittelbare Entsprechung in der Bibel: Denken wir nur daran, wie die Bergpredigt die Jünger Jesu aufruft, Gerechtigkeit zu suchen und Frieden zu stiften (Mt 5,6.9) oder wie Paulus eine christliche Freiheit feiert, die mit dem Frieden zusammengehen muß und die, statt die christliche Gemeinde zu spalten, zu ihrem Aufbau beiträgt (vgl. Texte wie Eph 2,14). Demnach sind Freiheit, Gerechtigkeit und Friede für alle sowohl Verheißung als auch Gabe, sowohl Gegenstand der Sehnsucht in einer sündigen Welt als auch schon Erreichtes und Verwirklichtes. Die Christen sind noch immer unterwegs – und werden auch weiter unterwegs bleiben – auf der Suche nach Mitteln und Wegen, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit herauszustellen, und auf der Suche nach Strukturen, sie so wirksam wie möglich zum Ausdruck zu bringen. Dabei hat einst die Verkündigung dieser Ideale die Entstehung unserer heutigen politischen Welt eingeleitet, und man kann behaupten, daß die biblischen Werte, die diese heutigen Ideale vorwegnahmen,

trotz der Tatsache, daß sie in der Geschichte des Christentums oft zu kurz kamen, immer im Mittelpunkt der jüdisch-christlichen Verheißung und des entsprechenden Engagements standen. Wenn wir hier vom Recht auf Widerstand und den konkreten Formen des Widerstandes reden wollen, dann geschieht dies im Kontext jener jüdisch-christlichen Verheißung und des von ihr getragenen Engagements.

Wird in einer Gesellschaft, wie sie auch sonst beschaffen sein mag, gegen die Gerechtigkeit verstoßen und wird dort die Freiheit unterdrückt, dann hat dies immer schwerwiegende gesellschaftliche Folgen, die zudem auch immer eng mit dem Gottesreich zu tun haben (vgl. Jer 6,14). Denn jener Zustand der Ungerechtigkeit, die öfter «institutionalisierte Gewalt» genannt wird, wird gerade hervorgerufen, wenn eine dominierende Gruppe andere Gruppen diskriminiert, wenn sie Frauen, Andersrassigen, Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen verweigert, was ihnen zusteht, oder auf andere Weise Unterdrückung ausübt, wenn sie die Freiheit anderer Gruppen einschränkt. Dabei betrachten die Herrschenden es als ganz normal, wenn sie zur Aufrechterhaltung dieses Zustandes durch ihre Sicherheitskräfte konkrete Gewalt gegen die von ihnen Diskriminierten und Unterdrückten anwenden lassen.

Man kennt diese Situationen in der Ersten und in der Dritten Welt und in den Beziehungen zwischen der Ersten und jener Dritten Welt. Auf moralischer Ebene geht daraus die Herausforderung an uns hervor, Diskriminierung und Unrecht zu beseitigen und die vom System ausgeübte Gewalt zu bekämpfen, um statt dessen zu einem wirklichen Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit zu gelangen. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einer solchen Beseitigung des Unrechts und der Gewalt und zur Errichtung eines wirklichen Friedens ist das Leisten von Widerstand. Daher dürfen die Christen, die der Meinung sind, daß die Werte des Gottesreiches, die Gerechtigkeit, die Freiheit und der Friede im Leben der Gesellschaft einen konkreten Ausdruck finden müssen, dem Ruf zur Beseitigung des Unrechts, zum Aufbau eines wahren Friedens nicht aus dem Wege gehen.

Der bewaffnete Widerstand in der Geschichte des Christentums

Als moralischer christlicher Imperativ muß dieser Widerstand angesichts der in so vielen Gesell-

schaften und im Verhältnis zwischen den Gesellschaften gegebenen Strukturen und Praktiken, die dem Gottesreich abträglich sind, schon von Anfang an den anscheinend widersprüchlichen Imperativen, die in jener Charta des neuen Gottesreiches, die die Bergpredigt ist, enthalten sind, Rechnung tragen. Hier gelingt es der wissenschaftlichen Spekulation – wenn sie auch nur gelegentlich zur Sophisterei wird – nicht wirklich, mit solchen radikalen Forderungen fertig zu werden wie: «Leistet dem, der euch etwas Böses antut, keinen Widerstand... Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen» (Mt 5,38.44). Der einzig geliebte Sohn des Vaters Jesus, hat dies in seinem Leben voll verwirklicht, indem er sich weigerte, seinen Feinden zu widerstehen, die Folter und den Tod aus ihren Händen in Liebe auf sich nahm und mit seinem letzten Atemzug für ihre Vergebung bat. Drei Jahrhunderte lang haben seine Lehre und sein Beispiel Christen dazu inspiriert, einerseits den Militärdienst zu verweigern, andererseits aber zugleich in betender und dienender Liebe, wie sie es von ihrem Meister gelernt hatten, dem Wohl des römischen Reiches zu dienen.

Als dann im vierten Jahrhundert auch Christen politische Verantwortung übernehmen durften, eröffnete diese Tatsache auch neue Perspektiven, was das Verständnis der christlichen Liebe und des Schutzes der anderen in der Gesellschaft angeht. Nach und nach fing man an, den bewaffneten Widerstand im Falle der Verteidigung eigener oder anderer Rechte als einen zwar nur in Ausnahmefällen gegebenen, dafür dann aber notwendigen Ausdruck der Nächstenliebe zu betrachten. Die ersten auf Ambrosius und Augustinus zurückgehenden und dann im Laufe einiger Jahrhunderte weiterentwickelten Versuche einer Rechtfertigung der Möglichkeit, daß auch Christen zu den Waffen griffen, suchten ein solches Vorgehen auf eng umschriebene Grundvoraussetzungen zu beschränken: Es müsse sich um eine Verteidigung der Gerechtigkeit handeln, sei es in der Form der Verteidigung gegebener Rechte, sei es in der Form der Bestrafung von Übeltätern; über eine solche Anwendung von Gewalt könne nur entscheiden, wer dazu die nötige Autorität habe; zur Gewalt dürfe nur in Ausnahmesituationen übergegangen werden, wenn es wirklich keine Alternative gebe. Aber auch dann seien wie etwa im Krieg einige wesentliche Dinge zu beachten. So dürfe man sich nicht an Unschuldigen vergreifen, wie dies sehr schroff

von Ambrosius gegenüber Theodosius nach dem Massaker von Thessaloniki betont wurde.

Diese so eingeschränkte Anwendung von Gewalt wurde von Thomas von Aquin als Bestandteil der Tugend der Nächstenliebe erörtert. Er unterschied sie also von der legitimen Selbstverteidigung, die er als einen Bestandteil der Tugend der Gerechtigkeit betrachtete. Was die Theologen und Kirchenführer hier aber auch immer an Einschränkungen und Vorbehalten vorbrachten, die sogenannte Lehre vom gerechten Krieg ist meistens von den Mächtigen zu ihren eigenen Zwecken zurechtgebogen worden, oft sogar weit über die ihnen zustehende Autorität hinaus. Erst als es zu einem Wandel des Begriffes der Souveränität kam, so daß dieser sich fortan nicht nur auf den herrschenden Monarchen bezog, sondern auch das Volk mitumfaßte, wurde eine moralische Rechtfertigung eines Widerstandes gegen die Herrschenden und ihre Herrschaft möglich. In diesem Kontext kann man die mittelalterliche Auffassung, der Tyrannenmord könne in einigen Fällen gerechtfertigt sein, als eine entfernte Vorstufe der Rechtfertigung von Widerstand und Revolution betrachten, wie diese sich in den letzten zweihundert Jahren entwickelt hat.

Allerdings hatte diese moralische Rechtfertigung eher ihre Wurzeln in der weltlichen Politik und im profanen politischen Denken als im kirchlichen Bereich. Die Kirchen und die Theologen haben sich dieser Entwicklung im profanen Bereich nur zögernd und recht halbherzig angeschlossen. Heute wird allerdings dieses Recht auf einen Widerstand, der, wenn nötig, zu den Waffen greift, weit und breit erörtert. In etlichen Ländern können die Machthaber nicht mehr ohne weiteres davon ausgehen, daß der politische *status quo* von der Kirche und der Theologie unterstützt wird. Oft beruft man sich auf das, was die Bischöfe von Rhodesien – heute Zimbabwe – in den siebziger Jahren die «Forderungen der einfachen Gerechtigkeit» nannten, um einen zuweilen auch bewaffneten Widerstand gegen eine bestimmte Regierung zu legitimieren. Dadurch, daß in unserer Zeit eher das Volk als der betreffende Monarch oder Präsident oder die betreffende Regierung als Subjekt der Souveränität gilt, besteht die Möglichkeit, daß die politischen Amtsinhaber ihre Legitimität verlieren und dagegen das Volk sich unter extremen Bedingungen als legitimiert betrachten kann, zu den Waffen zu greifen, um sich zu verteidigen.

Die Lehre von einer «gerechten Revolution» ist zum integralen Bestandteil der Lehre vom gerechten Krieg geworden, und diese hat im Hinblick auf die Frage, wer die Kompetenz, die Legitimität und die Autorität hat, einen solchen Krieg zu erklären, entsprechende Veränderungen erfahren. Seitens der Kirche und der Theologie finden von Soweto bis San Salvador die Unterdrückten, die in ihrem Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden zu den Waffen greifen, starke Unterstützung.

Dennoch gibt es noch immer eine gewisse Zwiespältigkeit und Halbherzigkeit. Es gibt sie, wenn die Situation beschrieben werden soll, als Präsidentin Aquino auf den Philippinen Marcos ablöste, oder wenn zwischen den Rebellen in San Salvador und den Contras in Nicaragua unterschieden werden soll, vorausgesetzt, es wird überhaupt ein Unterschied gemacht, oder wenn man zwischen irgendeiner dieser lateinamerikanischen Aufstandsbewegungen und der PLO unterscheidet oder weiter von solchen europäischen Phänomenen wie der irischen IRA oder den italienischen roten Brigaden redet. Und es wird kaum eine moralische Orientierung geboten, die dieser Zwiespältigkeit ein Ende bereiten könnte, wenn man, wie es so leicht geschieht, Freunde als Freiheitskämpfer und Feinde als Terroristen bezeichnet. Und auch die Beachtung der alten traditionellen Kriterien wie der Forderung, es solle sich um eine gerechte Sache handeln, die Anwendung von Gewalt solle das letzte Mittel sein, es sei keineswegs alles erlaubt und die nicht Beteiligten am Kampf sollten unbehelligt bleiben, führt bei verschiedenen Beobachtern bzw. Beteiligten zu unterschiedlichen Urteilen und Ergebnissen. Schreibt man eine Geschichte darüber, wie Kirchenführer und Theologen jeweils über Kriege, an denen das eigene Land beteiligt war, geurteilt haben, dann stellt man fest, daß sie fast immer die eigene Regierung in ihrer Auseinandersetzung mit anderen Regierungen oder mit Rebellen im eigenen Land unterstützt haben.

Widerstand und Revolution

Wenn man so zu der Auffassung gelangt ist, daß eine bewaffnete Revolution genauso wie andere Formen des gerechten Krieges legitim sein kann, dann hängt dies mit den Entwicklungen in der Beziehung zwischen Kirche und Staat zusam-

men. In der ersten Welt hat in diesem Sinne eine deutliche Entwicklung in den Standpunkten der Kirchenführer und Politiker stattgefunden. Diese identifizieren sich nicht mehr unbedingt mit der Verteidigungspolitik des Staates, und sie übernehmen nicht mehr ohne weiteres dessen Standpunkt in Fragen der Gerechtigkeit im Innern wie in den Beziehungen zum Ausland. Diese Entwicklung läßt sich ablesen an solchen bedeutenden Beispielen wie etwa dem Hirten schreiben der nordamerikanischen Bischöfe über das Thema Friede und Krieg («The Challenge of Peace. God's Promise and our Response») oder ihr Schreiben über die nordamerikanische Wirtschaft oder die vergleichbaren Arbeitsdokumente der Church of England über Themen wie «Die Kirche und die Bombe» («The Church and the Bomb») und «Glaube in der Großstadt» («Faith in the City»). Ob es sich nun um Dokumente handelt, die sich mit der Wirtschaft auseinandersetzen, oder solche, die sich mit dem Frieden befassen: Auf alle Fälle sollen die Kirchen so in die Lage versetzt werden, unabhängig von den jeweiligen Regierungen und auch kritisch ihnen gegenüber ihrer Sendung zu entsprechen, in der heutigen Gesellschaft das Gottesreich zu verkünden und anzubahnen. Die Kirchen selbst haben heute die Initiative ergriffen, das konstantinische Bündnis aufzukündigen und sich vom theodosischen Establishment abzusetzen.

Vergleichbar mit dieser Entwicklung in der Ersten Welt haben die Kirchen in der Dritten Welt angefangen, angesichts der Unterdrückung durch die eigene Regierung im Inneren und der von außen bestimmten wirtschaftlichen Unterdrückung die Gerechtigkeit und die Freiheit als Werte des Gottesreiches zu vertreten und zu verteidigen. Allerdings gibt es hier bedeutende Unterschiede zwischen den Entwicklungen in der Ersten und in der Dritten Welt. Den Unterdrückten in Südafrika oder in Chile mögen die Ängste in der Ersten Welt im Zusammenhang mit der Problematik des Friedens als ein Luxus vorkommen. Den Kirchenführern der Ersten Welt mag die intensive Konzentrierung auf die Frage der Gerechtigkeit und der Freiheit in der Dritten Welt mit der damit verbundenen Gefahr gewaltsamer Unruhen bedrohlich erscheinen.

Da unsere Welt aber immer kleiner wird, bedeutet die wechselseitige Abhängigkeit jener drei wesentlichen Elemente des Gottesreiches, der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens, eine keinen Aufschub duldende Herausforde-

nung für alle auf der Welt, die sich dem Gottesreich und seiner Verwirklichung verpflichtet wissen und dieses Reich zu entdecken suchen: für die Christen. Der Kampf in der Dritten Welt um Gerechtigkeit und Freiheit ist ein wesentlicher Faktor und Bestandteil der Suche nach dem Frieden in der Ersten Welt. Wer sich zum Beispiel in Europa als Christ für den Frieden einsetzt, sollte sich folglich auch dem Widerstand gegen das Unrecht und die Unfreiheit in Südafrika anschließen.

Welche spezifischen Formen die Strukturen und Praktiken der Ungerechtigkeit, der Unterdrückung und der gewaltsamen Zerstörung in den verschiedenen Ländern auch immer annehmen, sie bleiben Bestandteil eines globalen Musters. Daher erfordert die vollständige Beseitigung dieser dem Gottesreich feindlichen Praktiken und Strukturen auch globale, weltweite Veränderungen. Eine solche vollkommene, globale Umwälzung hat für die Christen eschatologische Bedeutung und Dimension, ist aber zugleich und gerade deswegen eine Wirklichkeit, die heute angestrebt, vorweggenommen und erkannt werden muß. Sie wird in ihrer vollen Verwirklichung die Krönung und Erfüllung der Geschichte sein. Der Kampf, den wir dazu hier und heute führen, hat daher sowohl einen sehr konkreten partikularen Kontext als auch eine universale Dimension. Dies entspricht der Wirklichkeit, die dieser Kampf umzukehren sucht. Diese hat der jeweiligen besonderen Situation in den einzelnen Ländern entsprechend auch ihre jeweilige besondere Prägung. Aber sie weist auch zugleich ein universales Muster auf und bedeutet so eine Herausforderung über die jeweilige Situation hinaus für die gesamte Welt, in der ja bekanntlich das eine mit dem anderen zusammenhängt.

Entsteht nun ein neues gerechtes, befreiendes und konstruktives Muster, dann enthält dieses die beiden Momente des Neinsagens und der Kreativität: des Widerstandes gegen alles, was Zerstörung bedeutet, und der Schaffung von etwas Konstruktivem. Diese Aufgabe des Widerstandes, damit eine neue Schöpfung entstehen kann, ist eine Aufgabe, die die Christen mit allen anderen Menschen, die guten Willens sind, teilen, bei deren Erfüllung sie aber auch ihre eigenen Einsichten und ihre eigene Kraft einbringen. Allerdings wird dies nicht verhindern können, daß es immer auch Schattenseiten geben wird, wie uns die Geschichte zeigt, in der die Christen sich oft genug schwach und blind gezeigt haben.

Die Zuversicht des Gottesreiches und der Widerstand gegen Unterdrückung

Die Verheißung und die vorwegnehmende Verwirklichung des Gottesreiches in Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden sind eine Konkretisierung jenes «antizipatorischen Bewußtseins», das der Motor der politischen Kämpfe der Menschheit ist. Wie entfernt das verheißene Gottesreich zu sein scheint, wie schwach auch seine Verwirklichung erscheint: Verheißung und Verwirklichung begründen die Annahme, es sei wirklich möglich, daß Christen zusammen mit anderen Menschen guten Willens einer konkreten politischen Situation mit einem Verhalten gegenüber treten, das geprägt ist von Gerechtigkeit und Gleichheit, von Freiheit, Frieden, Brüderlichkeit und Solidarität.

Angesichts der existierenden Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Diskriminierung muß von den Christen mindestens erwartet werden, daß sie in ihrer Praxis von jener ihnen von Gott geschenkten und in Christus begründeten Annahme ausgehen, daß Gerechtigkeit und Gleichheit schließlich siegen werden. In einem Verhalten, das die Zuversicht ihrer Überzeugung zum Ausdruck bringt, verurteilen und bekämpfen sie dann dementsprechend die Praktiken und Strukturen des Unrechts. Zugleich gehen sie davon aus, daß diejenigen, die für diese Praktiken und Strukturen verantwortlich sind, sich durchaus politisch bekehren können. Um solches durchzusetzen, bedienen sie sich aller gesellschaftlichen und politischen Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen. Sie setzen die Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung ein und suchen zu überzeugen, sie engagieren sich in Organisationen und Parteien, bei den Wahlen und im Parlament.

Sollten aber die Vertreter des *Status quo* sich diesen Veränderungen widersetzen, indem sie sie einfach ablehnen bzw. sie durch unredliches und hinterhältiges Verhalten hinauszuzögern suchen, dann muß der Widerstand gegen diesen Widerstand zu stärkeren, zwingenderen Mitteln greifen. Dies wird oft eine noch schroffere Ablehnung durch die für die Unterdrückung verantwortlichen Gruppen auslösen, die dann nicht mehr vor nackter Waffengewalt zurückschrecken und die Führer und Anhänger der Sache der Gerechtigkeit und der Freiheit sogar physisch zu vernichten suchen. Das Unrecht und die Unterdrückung zeigen sich unverhohlener als zuvor

und werden zu offenkundiger physischer Gewalt. Dann ist auch der augenscheinliche Friede dahin, wie es schon zuvor die Gerechtigkeit und die Freiheitsrechte waren. Nach und nach offenbart sich in seiner vollen Dimension, wie sehr solche Regime dem Gottesreich fern und feindlich sind. Dadurch spitzt sich die Herausforderung für diejenigen zu, die sich dem Gottesreich verpflichtet wissen und daher die Gerechtigkeit suchen, Freiheit herbeiführen und Frieden stiften wollen. Wie wollen sie ihre weitere Antwort gestalten? Werden sie der physischen Gewalt mit Gegengewalt entgegentreten? Oder werden sie den Kampf aufgeben und auf eine Bekehrung der Herzen hoffen, statt sich ihren Unterdrückern in der Anwendung von Gewalt anzuschließen? Gibt es andere Möglichkeiten für sie?

Bevor wir diese Fragen zu beantworten versuchen, könnte es lohnend sein, näher auf jene schon oben skizzierte Zuversicht des letztendlichen Sieges der Werte des Reiches Gottes einzugehen. Denn von einer solchen Zuversicht aus ergibt sich ein ganz anderer Ausgangspunkt als von jener traditionelleren Annahme, es dürfe und könne an dem politischen und wirtschaftlichen *status quo*, wie ungerecht er auch sei und wie sehr er auch Quelle von Unterdrückung sei, nichts verändert werden. Jener neue Ausgangspunkt ist für die Unterdrückten eine Ermütigung, zu ihren Rechten zu stehen, ja sie einzuklagen. Tun sie dies, dann wird ihnen deutlich, daß die Verweigerung ihrer Rechte in der Form der Aufrechterhaltung eines ungerechten, unfrei machenden *status quo* stattfindet. Gerade dieser Widerstand den Rechten der Unterdrückten gegenüber wird, falls man ihn nicht aufgibt, zur Quelle immer weitere Gewalt auslösender, unmoralischer Gewalt.

Dagegen ist die Bejahung und entschiedene Behauptung der Werte des Gottesreiches seitens der Unterdrückten und derer, die ihre Sache zu der Ihrigen machen, sowohl ethisch richtig als auch eine moralische Pflicht. Diese moralische Qualität bekommt dann auch der Widerstand weiterer Unterdrückung gegenüber sowie die damit einhergehende, von ihnen angewandte physische Gewalt. Ein solcher Widerstand im Hinblick auf die Verwirklichung des Gottesreiches und zum Nutzen der Gemeinschaft der unterdrückten Nächsten steht keineswegs im Gegensatz zur Bergpredigt. Dagegen wäre die einfache Resignation ein Sichsperrn gegen die Zuversicht, die das Gottesreich uns geben will,

und die Weigerung, sich vom Ruf des Gottesreiches ansprechen zu lassen.

Die Zuversicht und die Berufung, die das Gottesreich für die Christen bedeutet, begegnet diesen Christen immer in einer ganz konkreten wirtschaftlichen und politischen gesellschaftlichen Situation. Allerdings lebt keine Gesellschaft für sich allein: Alle Gesellschaften der Welt stehen zueinander in Beziehung, und das Gottesreich selbst ist ein universales Reich. Deshalb gehen die Zuversicht, die das Reich schenken will, und der Ruf, den dieses Reich bedeutet, über jede einzelne, konkrete Gesellschaft hinaus. So ist es, wie wir schon andeuteten, durchaus möglich, daß eine einzige, konkrete Situation zugleich Menschen aus der Ersten als solche in der Dritten Welt betrifft.

Hier ist auch darauf einzugehen, wie die Zuversicht und der Ruf des Gottesreiches auch die berührt, die in einer gegebenen Gesellschaft Unrecht und Unterdrückung aufrechterhalten und davon profitieren. Auch ihre Taubheit und Blindheit – wobei man durchaus von einer «privilegierten» Taubheit und Blindheit sprechen kann – müssen beseitigt werden, und dies nicht nur, damit dies den Unterdrückten zugute kommt, sondern auch, damit auch sie in das Gottesreich sowohl in seinem jetzigen Zustand der Vorweggenommenheit als in das endgültige Gottesreich hineinzugehen vermögen. Denn auch wenn bekanntlich gilt, daß es für wohlhabende Unterdrücker schwieriger ist, in das Gottesreich einzugehen, als für ein Kamel durch ein Nadelöhr, ist dies für sie dennoch nicht völlig unmöglich. Sie können mit der Unterdrückung aufhören, sich bekehren, um zusammen mit ihren bisher unterdrückten Nächsten an der Verwirklichung der Werte des Gottesreiches, der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens, zu arbeiten. Die allumfassende Universalität des Gottesreiches will auch reumütige und versöhnte Ex-Unterdrücker miteinschließen.

Hieraus geht hervor, daß eine Feindesliebe, die die Bekehrung und das Eintreten auch der Feinde in das Gottesreich sucht, umgekehrt erfordert, daß die Unterdrückten zusammen mit denen, die sich mit ihnen solidarisieren, die Werte des Gottesreiches bejahen und zu verteidigen suchen. Denn der einzige Weg zu einer wahren Befreiung der Unterdrücker ist die wirkliche Befreiung der Unterdrückten. Nur so vermögen jene sich von ihrer Versklavung durch ihre Privilegien und ihre Macht zu lösen, durch

die sie zur Zeit von der Gemeinschaft der Armen und Ohnmächtigen, der sündigen Heiligen und ihrer Freunde in der Nachfolge Jesu auf dem Weg zum Gottesreich ausgeschlossen sind. Nicht nur für die Ohnmächtigen und Entrechteten, sondern genauso sehr auch für die Mächtigen und Privilegierten ist es von entscheidender, heils- und befreiungsrelevanter Bedeutung, daß gegen die Unterdrückung Widerstand geleistet wird und Strukturen und Verhalten der Unterdrückung in eine andere, neue Wirklichkeit umgewandelt werden. Das Gebot der Feindesliebe und die Mahnung, auch die andere Wange hinzuhalten, können durchaus zum Wohle des Feindes wie auch zu dem des Nächsten einen liebenden, aber auch entschiedenen Widerstand erfordern.

Die vorrangige Stellung der Unterdrückten

Dies ändert nichts daran, daß das Wohl der Unterdrückten nach wie vor an erster Stelle zu stehen hat. Wenn sie die Werte des Gottesreiches zu den Ihrigen machen und dies ihnen eine Quelle der Freude ist, dann ist dies sowohl ein Zeichen für die Gegenwart des Gottesreiches als auch einer der Wege, auf denen sich dieses Gottesreich in der Geschichte anbahnt. Von den Entrechteten, von dort aus, wo sie leben, gehen die Impulse des Geistes im Sinne der Befreiung und des Heiles aus. Wo sie sind, sind auch die Macht und der Ruf des Geistes gegenwärtig, die die Nichtentrechteten unter uns zu einer Antwort herausfordern. Die Umkehr/Umkehrung, die das Gottesreich für alles Menschliche bedeutet, offenbart sich voll, wenn Gottes Gegenwart, Macht und Ruf dort gesucht werden, wo jede menschliche Macht, wo alles, was unter den Menschen etwas gilt, fast völlig zu fehlen scheint. Denn gerade die Solidarität mit den Opfern und der Widerstand dagegen, daß sie weiterhin zum Opfer gemacht werden, ist eine konkrete Forderung, die vom Gottesreich an uns gestellt wird, und die letztendlich ihre Wurzeln in jenem Geschehen auf dem Kalvarienberg hat, das der endgültige Aufruf und die endgültige Ermächtigung zur Beendigung jeden Zustandes der Ungerechtigkeit und der Unterdrückung ist.

Die Christen sind also vorrangig dazu aufgerufen, zu verhindern, daß Menschen weiterhin auf eine der vielen Weisen, wie dies geschieht, zum Opfer gemacht werden und ihnen Unrecht widerfährt. Damit die nötigen Strategien für diesen

Widerstand gegen das Unrecht entwickelt werden, bedarf es eines neuen, intensiveren, phantasiereichen christlichen Engagements. Denn auch das Unrecht wird immer penetranter, nimmt immer vielfältigere Formen an und vermag sich auch in immer neuen Formen zu tarnen. Im gleichen Maße tut auch immer mehr eine im Gottesreich verwurzelte Gesellschaft not, in der alle als Menschen gelten dürfen. Zudem erscheint es heute nicht mehr ganz unmöglich, eine solche Gesellschaft zu errichten.

Politische und wirtschaftliche Strategien des Widerstandes

Strategien, die in der vom Gottesreich geschenkten Zuversicht wurzeln, müssen vor allem darauf hinsteuern, denen, die am unmittelbarsten und am zerstörerischsten vom Unrecht betroffen sind, wirksamen Schutz zu bieten. Sie müssen einen Weg nach vorn zeigen, indem sie konkrete Formen der Unterdrückung verhindern, Strukturen der Unterdrückung abbauen und schließlich – und meistens auch zeitlich zuletzt – zur Bekehrung der Unterdrücker führen. In den letzten zweihundert Jahren sind verschiedene Strategien zur Beseitigung von Unterdrückung und Unrecht entwickelt worden. So haben die von Daniel O'Connell im letzten Jahrhundert in Irland entwickelten Formen der politischen Organisation und der Ausübung von Druck noch weiterhin ihre Bedeutung. Soll aber verhindert werden, daß diese und ähnliche Formen des politischen Widerstandes vergeblich sind oder gar zu noch größerer Unterdrückung (wie willkürlicher Verhaftung, Einsperrung und Folter der Anführer der Unterdrückten oder gar Gewaltanwendung gegen unbewaffnete Demonstranten) führen, dann muß man versuchen, die internationale Öffentlichkeit zu informieren und auf diesem Wege Unterstützung zu finden. Die Ereignisse 1956 in Ungarn und 1960 in Sharpeville, Bull Connors 1963 in Alabama sind nur einige deutliche Beispiele unter vielen anderen dafür, wie gewaltsam das Establishment auf berechnete und legitime politische Aktivitäten der Unterdrückten zu reagieren vermag.

Wirtschaftliche Sanktionen können ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Auch der Boykott, der im späten neunzehnten Jahrhundert in Irland erfunden wurde, kann ein weiteres wirksames Mittel zur sozialen Veränderung sein. Dabei sind

die Halbherzigkeit der Länder der Ersten Welt bei der Durchführung wirtschaftlicher Sanktionen zur Unterstützung der Unterdrückten in der Dritten Welt und die Krokodilstränen der Regierenden dieser Länder darüber, daß diese Sanktionen den Unterdrückten viel mehr schaden würde, als daß sie eine wirkliche Hilfe für sie wären, besonders peinliche Beispiele für unser Versagen bei der Entwicklung ernsthafter Alternativen zum bewaffneten Widerstand als der einzigen Erfolg versprechenden Strategie zur Beseitigung von Unterdrückung.

Der bewaffnete Widerstand

Angesichts der traditionellen Theologie des «gerechten Krieges» müßte auch der bewaffnete Widerstand der Opfer in bestimmten extremen Situationen als gerechtfertigt und legitim erscheinen. Tatsächlich gibt es gute Gründe für die Behauptung, daß nur eine solche Revolution den traditionellen theologischen Kriterien für einen gerechten Krieg zu genügen vermag. Denn auf der Ebene der internationalen politischen Auseinandersetzungen gibt es durchaus brauchbare Alternativen zum Krieg, und zudem muß man an die enorme Drohung weltweiter Zerstörung denken, die international geführte Kriege in sich bergen. Dagegen bleiben die mit einer Revolution verbundenen Auseinandersetzungen im allgemeinen auf ein bestimmtes Land beschränkt, das unter einer tyrannischen Unterdrückung zu leiden hat. Wenn es dann keine andere Möglichkeit zur Beseitigung jener Tyrannei gibt, könnte es durchaus sein, daß den Kriterien für einen gerechten Krieg genüge getan wird.

Allerdings darf ein entsprechendes Urteil nicht zu eilfertig gefällt werden. Daß es dennoch prinzipiell gefällt werden kann, müßte aber einem Anhänger der Lehre vom gerechten Krieg einleuchten. Hinzuzufügen ist, daß ein solches Urteil dann dem der Unterdrückten selbst zu entsprechen hat, wobei vorauszusetzen ist, daß diese zuerst alle anderen möglichen Mittel zur Beseitigung der Unterdrückung versuchen und nicht von sich aus und von vornherein dazu neigen, von ihren Gegnern die Mittel der Gewalt zu übernehmen. Unter der Voraussetzung eines solchen Engagements und einer solchen Mentalität im Sinne des Gottesreiches können die Betroffenen sich zu Recht zur Rechtfertigung ihres Versuches, den Unterdrückern mit Waffenge-

walt Einhalt zu gebieten und die Unterdrückung zu besiegen, auf das Präjudiz jener alten theologischen Lehre vom gerechten Krieg berufen.

Die Ambiguität der Geschichte und die Vision des Gottesreiches

Wie gesagt, ist die Meinung, es könne legitim sein, zu den Waffen zu greifen, um damit die Rechte derer zu verteidigen, denen Unrecht angetan wurde, schon lange Bestandteil der christlichen Tradition. In den Augen derer, die das Reich Gottes suchen, sind damit aber nicht alle Probleme beseitigt, die die Anwendung von Gewalt mit sich bringt. Denn das Gottesreich will alle umfassen, was durch das Gebot der Feindesliebe unmittelbar deutlich wird, und zielt daher auch darauf ab, daß die Unterdrücker ihre Taten bereuen und sich mit den von ihnen Unterdrückten versöhnen. Dadurch wird aber umso mehr die Vision des Gottesreiches unterstrichen als eine Vision der Gleichheit, der Freiheit und der Solidarität, die die traditionelle Trennung zwischen Juden und Heiden, Sklaven und Freien, Männern und Frauen überwindet.

Wenn auch diese Vision in der Geschichte selbst nicht voll verwirklicht werden kann, muß dennoch der Versuch ihrer (partiellen) Verwirklichung in Angriff genommen werden, und dabei bedeutet diese Vision, daß man nicht einfach den Unterdrücker und Feind eliminieren kann und darf. Nach den Prämissen des christlichen Widerstandes gegen die Unterdrückung ist es leichter, das Sterben für andere (für die Unterdrückten) als das Töten von anderen (der Unterdrücker) zu rechtfertigen. Wer auf den Ruf des Reiches auf einer tieferen, intensiveren Ebene antworten will, sucht nach Wegen, um zusammen mit ehemaligen Unterdrückern, die von ihrem unterdrückerischen Verhalten und Tun befreit worden sind, und in einer Atmosphäre der Versöhnung und des Friedens Wege zur Verwirklichung von Gerechtigkeit und Freiheit zu suchen.

Ein Christ aus der Ersten Welt, der auf die Unterdrückung in der Dritten Welt aufmerksam geworden ist, wird dringend nach Wegen suchen, um den Christen der Dritten Welt zu helfen bei ihrem Versuch, die Werte des Gottesreiches durch die Schaffung neuer Verhältnisse in ihren Gesellschaften vorwegzunehmen, ohne daß sie dafür zur Gewalt und der damit notwen-

digerweise verbundenen Zerstörung greifen müssen. Seinerseits wird auch ein Christ der Dritten Welt nach Möglichkeiten suchen, um in seiner Situation der Zuversicht des letztendlichen Sieges der Gerechtigkeit und der Freiheit zu entsprechen, ohne sich derselben gewaltsamen Mittel der Zerstörung zu bedienen wie die Unterdrücker. Diese Einstellung war ein zentrales Element der Widerstandsstrategie eines Gandhi und eines Martin Luther King.

Eine weitere Hilfe für die Christen der Dritten Welt wären Beispiele aus der Ersten Welt, wie dort die zugegebenermaßen weniger schweren inneren Konflikte bewältigt werden oder wie manche in der Ersten Welt die Verstrickung ihrer Länder in den verschiedenen Formen der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung in der Dritten Welt zu überwinden suchen. Ob die

Christen allgemein, wo immer sie auch leben, zu einer tieferen Form des christlichen Widerstandes gegen Unrecht und Unterdrückung finden, die der allumfassenden Universalität des Gottesreiches gerecht wird, hängt sehr stark davon ab, ob die Christen der Ersten Welt sich zu den konkreten Forderungen der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Solidarität bekehren.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Karel Hermans

ENDA McDONAGH

Priester der Erzdiözese Tuam in Irland. Professor für Moraltheologie am St. Patrick's College in Maynooth. Letzte Veröffentlichungen: (als Hg.): *Irish Challenges to Theology* (Dominican Publications, 1987); *Between Chaos and New Creation* (Gill and Macmillan, 1987). Anschrift: St. Patrick's College, Maynooth, Co. Kildare, Irland.